

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.
Bei Postbezug vierteljährlich 8 fl. monatlich 2,75 fl.
monatlich 5 fl., Danzig 8 Gulden, Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Ferner Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonzeile 20 Groschen, die 90 mm
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf. übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platz-
vorschreit und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Poststellenkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 234.

Bromberg, Sonnabend den 10. Oktober 1925.

49. Jahrg.

Die Gegensätze in Locarno.

Es gehörte keine Prophetengabe dazu, vorauszusagen, daß die Verhandlungen in Locarno nicht einen so glatten Verlauf nehmen würden, wie Optimisten hofften und drüber von vornherein angekündigt hatten. Als man nach Erledigung der vorwiegend formalen Fragen, über die schon in London im großen und ganzen ein Einverständnis erzielt war, zu den eigentlich strittigen, nämlich den politischen Grundfragen überging, da platzten mit einem Male die Gegensätze auf einander, und die Konferenzmaschinerie geriet plötzlich ins Stocken. Aber es ist immerhin ein verhältnismäßig günstiges Zeichen, daß der Zusammenspiel der gegensätzlichen Auffassungen nicht den sofortigen Bruch zur Folge hatte. Offenbar besteht auf beiden Seiten der ernste Wille, die Krise zu überwinden, und man sucht hüben und drüber nach einer Formel, um aus dem Dilemma herauszukommen. Anscheinend auf deutsche Anregung hin, hat man das Mittel von privaten Aussprachen zu zweien gewählt, um über die Stockung hinwegzukommen. Durch Vermittlung des belgischen Hauptdelegierten Vandervelde ist es zu einer persönlichen Aussprache zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und Briand gekommen. Des weiteren hatte Dr. Stresemann eine Besprechung mit Chamberlain, und als Dritter im Bunde unterhandelte Staatssekretär v. Schubert mit Vandervelde. Mitteilungen über das Ergebnis dieser Konferenzen zu zweien liegen noch nicht vor, aber es scheint, daß trotz aller Schwierigkeiten und trotz in einzelnen Punkten noch unüberbrückbarer Gegensätze ein befriedigendes Ergebnis nicht ganz aussichtslos ist.

Ein leitendes Mitglied der deutschen Abordnung in Locarno hat gestern (Donnerstag) dem Vertreter der "Times" über den Stand der Verhandlungen nach dem dritten Sitzungstage folgende Erklärung gegeben:

"Es ist möglich und zu erhoffen, daß die Locarno-Konferenz innerhalb vierzehn Tagen zu einem befriedigenden Ergebnis führen wird. Die ersten Fragen sind zwar noch nicht eingehend behandelt, aber doch schon bis zu dem Grade untersucht worden, daß man die Schwierigkeiten, welche nicht unüberwindlich erscheinen, von den beinahe unüberbrückbaren unterscheiden kann."

Die Hauptaufgaben der Konferenz sind: der Westpakt mit den zugehörigen Schiedsgerichten, der Artikel 16 des Völkerbundvertrages, die Räumungsbedingungen des Rheinlandes und die Ostpakte.

Wir glauben, daß der Westpakt zustande kommen wird. Es ist möglich, daß wir zu einer Regelung der Räumungsbedingungen des Rheinlandes gelangen werden, wobei selbstverständlich die Vorbedingungen für die Räumung der Kölner Zone erfüllt werden müssen. Wir glauben ferner an eine Klärung der Frage des Artikels 16 und an die Erfüllung der Bedingungen, die Deutschland in bezug auf seinen Eintritt in den Völkerbund gemacht hat. Briand ist noch stark im Zweifel, ob Frankreich dem deutschen Standpunkt, der die vollständige Trennung des Westpaktes vom Ostpakt verlangt, zustimmen wird. Deutschland will im Westpakt weder die direkte noch indirekte Bezugnahme auf den Osten. Wenn Polen mit Deutschland verhandeln will, so bietet sich hier Gelegenheit, aber es ist unmöglich, daß hier in Locarno eine Verknüpfung der Westfragen mit den Ostfragen deutscherseits zugegeben werden kann."

Aus dieser Darstellung ergibt zweifellos ein gewisser Optimismus heraus, wenn auch die noch bestehenden Schwierigkeiten in verschiedenen Punkten durchaus nicht verkannt werden.

Worin die besonderen Schwierigkeiten bestehen, ist wiederholt dargelegt worden; sie sind auch ersichtlich aus der Meldung der Poln. Tel.-Agentur über die gestrige Sitzung, die wir hier folgen lassen:

Locarno, 9. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Konferenz, die nahezu drei Stunden lang dauerte, beschäftigte man sich mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Briand ergriff zweimal das Wort zu längeren Ansprachen. Luther und Stresemann legten die Bedingungen dar, unter welchen Deutschland dem Völkerbund beitreten würde. Chamberlain, Vandervelde und Scialoja unterstützten vollkommen die französische These. Ein Besluß wurde nicht gefasst. Die interessierten Delegationen sollen am heutigen Tage eine entsprechende Formel finden, die für alle Parteien annehmbar wäre und die zwei strittige Punkte betrifft, und zwar den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Garantierung der östlichen Schiedstrakte durch Frankreich.

Nach einer weiteren Meldung soll Minister Stresemann erklärt haben, daß das entwaffnete Deutschland keine Möglichkeit habe, im Sinne des Paktes der Liga einen Staat vor einem Angriff oder vor der Vergewalti-

tigung zu sichern. Sollte der Abrüstung Deutschlands eine allgemeine Abrüstung folgen, so würde dies den unverträglichen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglichen. In der Antwort betonte Briand, daß vom Gesichtspunkt des Paktes sämtliche Völker auf der Stufe der vollkommenen Gleichheit stehen müßten. Wenn Deutschland dem Völkerbund als Mitglied angehören wird, so wird es die Möglichkeit haben, seine Forderungen vorzubringen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei die einzige dauernde Grundlage der gegenseitigen Garantie und der europäischen Verständigung. Gerade der Mangel der Sicherheit sei bis jetzt das Hindernis auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung gewesen.

Der Rheinpakt werde die erste Etappe zur Versöhnung der Völker und zur allgemeinen Abrüstung sein. Chamberlain, Scialoja und Vandervelde unterstützten die Bemerkungen Briands in bezug auf die obligatorische Innehaltung der im Pakt festgesetzten Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

In der gestrigen Plenarsitzung wurde auch die Frage der Zulassung Polens und der Tschechoslowakei zur Konferenz behandelt, wobei man der Ansicht Ausdruck gab, daß hierfür ein besonderer Besluß der fünf zur Konferenz eingeladenen Großmächte notwendig ist.

Der Inhalt des Westpaktes.

Die Juristen in London hatten bekanntlich für den Westpakt einen Entwurf zurechtgemacht oder richtiger: den ihnen vorgelegten englisch-französischen Entwurf in gemeinsamer Beratung umgearbeitet. Dieser Entwurf bildet jetzt in Locarno die Grundlage der Verhandlungen. Er wurde bisher von der Konferenz geheim gehalten, indessen gelang es einigen italienischen Journalisten, Einsicht in das Schriftstück zu nehmen und einige italienische Blätter waren im Begriff, das Schriftstück zu veröffentlichen, als Mussolini donnernd dazwischen fuhr. Gleichwohl bringt ein römisches Blatt, die "Epoca", wichtige Einzelheiten daraus, die wir nach der "Boss. Zeitg." hierhersezten wollen:

Zwei Artikel des Paktes, der 6. und 11., sind — so heißt es da — von besonderer Bedeutung, da sie die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen Mächten betreffen. Artikel 11 sieht vor, daß der Pakt erst mit dem Eintritte Deutschlands in den Völkerbund in Wirksamkeit tritt, ohne auf die Form einzugehen, in der der Eintritt zu erfolgen hätte. Artikel 6 bestimmt, daß der Garantievertrag die Verbündeten nicht der Rechte auf Sanktionen beraubt, die ihnen aus dem Versailler Vertrag zustehen, und ebensoviel der Rechte, die sie als Verbündete oder Garanten anderer Mächte erworben haben könnten.

Diese beiden Artikel werden wegen ihres wichtigen politischen Inhalts Gegenstand von Besprechungen sein, die ausschließlich zwischen den Außenministern stattfinden werden.

In der Präambel (Vorrede), in der u. a. gesagt wird, daß der Pakt an Stelle des belgischen Neutralitätsvertrages tritt, wird außerdem ausgeführt, Aufgabe des Paktes sei, den Mächten den Frieden sicherzustellen, die den Sturm des Krieges von 1914 bis 1919 hätten aushalten müssen. Der Einwurf geht dahin, daß diese Worte eine Ausspielung auf eine "deutsche Kriegsschuld" darstellen, die nicht unterschrieben werden könnte.

Eine weitere Schwierigkeit in der Vorrede ist auch eine von den Deutschen verlangte präzisere Formulierung der Garantie auf Gegenseitigkeit, da kein Zweifel darüber bestehen dürfe, daß der Garantie gegenüber alle Staaten vollkommen gleichberechtigt sind. Die wesentlichen Grundlagen des Paktes — so erklärt der Berichterstatter der "Epoca" — sind die Artikel 42, 43 und Absatz 1–3 des Artikels 180 des Vertrages von Versailles.

Artikel 1 definiert den allgemeinen Inhalt des Paktes als Garantievertrag für die durch den Versailler Friedensvertrag gezogene Grenze zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland und des sogenannten "Rheinstatuts". Hier wirkt Deutschland ein, daß es ein Rheinstatut nicht kenne und keinen Zweifel darüber lassen will, daß die deutsche Souveränität im Rheinlande voll und durchaus auch weiter besteht. Weiter würde Deutschland es vorziehen, daß nicht immer Belgien und Frankreich auf der einen Seite zusammen genannt würden, während auf der anderen Seite Deutschland allein steht. Diese deutschen Einwürfe sollen als berechtigt anerkannt werden sein.

Von den noch nicht besprochenen sechs Artikeln legt der eine den Mächten die Verpflichtung auf, keinen Krieg zu führen und ihre Streitigkeiten nicht durch Gewalt lösen zu wollen. Der zweite spricht von dem Instanzenweg bei Meinungsverschiedenheiten, wobei der Völkerbund die letzte Instanz darstellen würde. Die Artikel 3, 4 und

5 betreffen die Funktion des Schiedsgerichts, die Nichterfüllung des Vertrages und die Definition des Angreifers. In bezug auf letztere soll der Entwurf so abgefaßt sein, daß überhaupt nur Deutschland als möglicher Angreifer in Frage komme, wogegen die deutsche Delegation die Definition dahin abgeändert haben will, daß sie gegebenenfalls auch auf Frankreich passen würde.

Vom deutsch-polnischen gemischten Schiedsgericht in Paris.

Am 28. September hat wieder die Tagung des deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtshofes in Paris begonnen. In dieser Tagung werden zwei wichtige Probleme entschieden. Einmal: ob das Gericht zuständig ist für Klagen solcher Personen, die sich für polnische Staatsangehörige halten und sich für unrechtmäßig liquidiert betrachten. — Weiterhin: Wann und in welcher Weise der polnische Staat verpflichtet ist, liquidierten Personen Zusatzschädigungen wegen unzureichenden Liquidationserlöses zu leisten.

Die Kläger werden vertreten von Prof. Kaufmann in Bonn und den Rechtsanwälten Dr. U. Nulser, Illich, Dr. v. Zwehl aus Berlin. Für den polnischen Staat tritt der polnische Staatsvertreter Sobolewski auf.

Aus den bisherigen Verhandlungen verdient folgende Erklärung des polnischen Staatsvertreters hervorgehoben zu werden:

1. Polen ist der Ansicht, daß die Liquidation eines polnischen Staatsbürgers unzulässig sei.
2. Es sei außer Zweifel, daß die Beschlüsse der Liquidationsräte durch Klage vor dem Obersten Verwaltungsgericht in Warschau angefochten werden können, und daß alsdann eine sachliche Nachprüfung erfolgen müsse.

Frankreich verbietet Dänemark, abzurüsten.

Paris, 8. Oktober. Die vom dänischen Ministerpräsidenten Stauning in Aussicht gestellte Abrüstung Dänemarks stößt in militärischen Kreisen Frankreichs auf lebhaften Protest. Admiral Dérouy veröffentlicht in einem nationalistischen Blatt einen Aufsehen erregenden Artikel, in dem Dänemark infolge seiner geographischen Lage verboten wird, abzurüsten, denn Deutschland würde in diesem Falle sich sofort der dänischen Meerenge bemächtigen und Frankreich wäre außerstande, Polen im Ernstfalle mit seiner Flotte zu Hilfe zu kommen.

Man kann aus diesem Artikel ersehen, welche Widerstände noch zu beseitigen sind, bis die im Versailler Vertrag in Aussicht gestellte allgemeine Abrüstung verwirklicht werden kann.

Woher soll die Achtung vor dem Gesetze kommen?

Unterredaktion
des Abgeordneten R. Piech und der Mitglieder der Deutschen Vereinigung sowie anderer Abgeordneter an den Herrn Ministerpräsidenten in Angelegenheit der dem Gesetze widersprechenden Ablehnung der Gesuche von deutschen Gymnasial-, Real- und Gewerbeschulabsolventen um Bewilligung ermächtigter Pässe zum Studium an auswärtigen Hochschulen.

Das vom Sejm und Senat angenommene und z. St. in Kraft stehende Paketgesetz vom 17. Juli 1924 sagt ausdrücklich, daß für Studien im Auslande erlaubte Pässe zu 20 fl. aufzuführen werden sollen. Dem Geiste dieses Gesetzes und den Erklärungen des Regierungsvertreters in der Budgetkommission entgegen, wurde zur Durchführung dieses Gesetzes von dem Herrn Ministerpräsidenten eine wiederholt abgeänderte Ausführungsbestimmung erlassen, die es den Bewerbern um ermächtigte Pässe geradezu unmöglich macht, zu ihrem Recht zu gelangen. Nicht nur, daß jeder Studierende genötigt ist, ein Gesuch an das Unterrichtsministerium zu richten, das über die Zulässigkeit des ermächtigten Passes willkürlich entscheidet, sondern es wurde auch in der letzten Zeit von den Bewerbern die Vorlage einer Bescheinigung über die Mittellosigkeit verlangt. Und da von dieser ungesehlichen Forderung keinerlei Weise eine Kenntnis hat, so erhielten die meisten Bewerber einen unmotivierten, abschlägigen Bescheid.

Es ist klar, daß die in dem Gesetz enthaltene Bestimmung über die ermächtigten Pässe für Studiere im Auslande vor allem zu dem Zwecke geschaffen wurde, um den Angehörigen der Minderheiten, die die polnische Sprache nicht genügend beherrschen, oder die infolge des numerus clausus in die polnischen Hochschulen nicht aufgenommen werden, die Möglichkeit zur Fortsetzung des Studiums zu geben. Die dem Gesetz zuwiderlaufenden Verordnungen der Regierung sabotieren die Ausführung des Gesetzes und schädigen in hohem Maße die deutsche Jugend in ihrer weiteren Ausbildung. Trotzdem die Gefüche vieler deutscher Studenten persönlich unter Berufung auf das Gesetz von deutschen Abgeordneten und Senatoren überreicht wurden, erfolgte in rücksichtsloser Weise, geradezu provozierend, eine Ablehnung der meistens richtig belegten Anträge. Hieraus ist klar ersichtlich, daß es dem Unterrichtsministerium um eine wahrscheinlich durch den Herrn Ministerpräsidenten verauflachte Nichtbeachtung der verfassungsmäßigen Bestimmung handelt, wonach die vom Sejm und Senat beschlossenen Gesetze die Grundlage des verfassungsmäßigen Lebens sind.

Dies ist ein Willkürakt, der den Grundzügen unseres demokratischen Staates in das Gesicht schlägt. Ein neuer Beweis der feindlichen Haltung unserer gegenwärtigen Regierung gegenüber den polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität! Dies ist um so bedauerlicher, als dadurch jede Autorität zum Staat und das Vertrauen der Bevölkerung zur Objektivität der Regierung gänzlich untergraben wird. Wenn die bernsenen Schützer der Verfassung im Staat die im Staat geltenden Gesetze unbedacht lassen, wo soll denn bei der Bevölkerung die Achtung vor dem Gesetz kommen?

Unter Berufung auf die erwähnten Feststellungen, die jederzeit bewiesen werden können, erlauben sich die Interpellanten, an den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage zu richten:

1. Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung hindert das Unterrichtsministerium die deutschen Studenten an der Erlangung von ermächtigten Pässen für Studien im Auslande?
2. Ist der Herr Ministerpräsident bereit, unverzüglich Anordnungen zu treffen, daß die im Passgesetz enthaltene Bestimmung, die den Studierenden ermächtigte Pässe zuerkennen, zur Ausführung gelangt?
3. Ist der Herr Ministerpräsident bereit, die Abteilung 4 des Unterrichtsministeriums darüber zu belehren, daß die Erteilung der Erlaubnis für die Ausfolgung ermächtigter Pässe an Studierende im Auslande keine Gnade ist, die willkürlich abgelehnt werden kann, sondern ein durch das Gesetz verbrieftes Recht?

Die Warschauer Presse zum Ministererposé.

Warschau, 7. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Das Exposé Grabksi findet im großen und ganzen keine günstige Presse in Warschau. Die christlich-nationale „Warszawianka“, in letzter Zeit das Organ der Großagrarier, schreibt, daß der Ministerpräsident dem Sejm drei Gangen serviert habe: 1. Gang: Nun eine Milliarde ausländischer Wirtschaftsanleihe, gib hierzu 200 Millionen zur Vergoldung des Zloty, pade 100 Millionen Bilety Skarbowe dazu, mische den Silber-, Nickel- und Papierbilan in einen Topf zu zwölf auf den Kopf der Bevölkerung. 2. Gang: Du wirst fünf Jahre hindurch auf jede neuverstandene und sich ausbreitende Industrie hauchen, die Transfittarife für ein Jahr festsetzen, das Weizenmehl zu 80 Prozent ausmahlen, wirst alles hermetisch im häuslichen Kessel abschließen, wirst keine Pässe über das Kontingent hinaus herausgeben. 3. Gang: Du wirst alles sparsam Kochen, beziehungsweise kein Beamter wird ohne den Minister, kein Minister ohne den Kontrolleur, kein Kontrolleur ohne den Finanzminister etwas ausgeben, oder wo es sechs Köchinnen gibt, dort ist nichts zu essen.

Koranthys „Rzecznosc polityki“, zugleich das Organ der Christlichdemokraten, sagt, daß Grabksi „vorläufig durch Locarno gerettet worden ist“. Während der Beratungen in Locarno darf man die Regierung nicht verändern, dies ist das eingebrachte Lösungswort. Nicht nur ein Abgeordneter hat tief aufgeatmet. Diese Erleichterung kann jedoch nicht lange dauern. Dann muß der Sejm eine entscheidende Stellung einnehmen.

Der „Kurier Polski“, welcher der Regierung nahestehst, erwartet, daß der Sejm die Bevölkerung mit Hoffnung und gehörigem Geist in diesen schweren Zeiten erfüllen werde. Kann man die jetzige Krise mit dem wiederholten Marktsturz vergleichen, der es uns hieß, mit Milliarden zu rechnen, oder mit der Drohung des Verlustes der Unabhängigkeit, des Besitzes und des Lebens, da der Feind vor Warschau war? Durch äußerste Anstrengung des Willens haben wir damals die Situation gerettet. Und heute sind mindestens zur Hälfte die Ursachen der Depression moralischer Natur. Man muß sie abschütteln.“

Der linksdemokratische „Kurier Poranny“ notiert den pessimistischen Widerstand des Exposés Grabksi: „Wie kann man an die Macht des Sparfamiliegedankens glauben, wo alle Proben der bürgerlichen Sparfamilie mit Verlusten endeten, um so schmerzvolleren Verlusten, als sie arme Leute betreffen.“

Der sozialistische „Robotnik“ schreibt mit großer Bitternis: „Von Erleichterung für die arbeitende Klasse und die arbeitende Intelligenz ist keine Rede. Alles für das Kapital durch Vollmachten. Herr Grabksi hatte seine großen Tage im Sejm. Gestern hatte er einen unglücklichen Tag...“

Der jüdische „Nasz Przegląd“: „Herr Grabksi macht den Eindruck eines Staatsmannes, der mit Sorgen überlastet ist. Mit leiser, monotoner Stimme las er sein Exposé ab, bemühte sich gar nicht, gegen die öfteren Schrei- und Lärmszenen aufzugehen, akzentuierte nirgends seine Rede mit Jubelruf, die sonst seine früheren Reden ausgezeichnet hat.“

Grabksi hat gesprochen.

Alles ist gut. — Es gibt keine Teuerung.

Tschitscherin, der Rettungsengel.

Selten wurde die Eröffnung einer Sejmssession mit einer so großen Ungeduld erwartet, wie diesmal, und selten brachte man so viel Interesse für eine Ministerrede auf, wie für das am letzten Dienstag gehaltene Exposé des Ministerpräsidenten Grabksi. Der Sejm ist mit Grabksi unzufrieden, und während der Sejmserien hat man des öfteren gehört, daß der Sejm Grabksi stürzen will. Grabksi will sich jedoch mit aller Macht am Staatsruder festhalten und hat daher ein neues Finanz-Sanierungsprogramm vorgelegt, von welchem nicht nur sein eigenes Heil, sondern auch das Wohl ganz Polens abhängen soll.

Grabksi bestieg am Dienstag die Rednertribüne und las seine Rede ab, ohne innere Überzeugung, monoton, die wichtigsten Dinge schnell übersiegend, bezw. si nur kurz streifend, dagegen die aus den Verhandlungen im vorläufigen Wirtschaftsrat schon bekannten Projekte recht breit darstellend. Die Quintessenz seiner Rede ist die: Es ist noch alles gut, besonders gut die außenpolitische Lage. Tschitscherin war ein Rettungsengel. Im Inneren Sicherheit überall, Frieden und Polen selbst der beste Friedensfaktor. Dann aber der Alb, der Grabksi auf der Brust sitzt und ihn nicht frei atmen läßt: die Wirtschaftskrise, die drohende Finanzkatastrophe, die Zloty-Erschütterungen, das Kreditproblem usw. Von diesem Alb soll Polen durch eine große Auslandsanleihe befreit werden, die mindestens eine Milliarde betragen soll. Damit hat der Minister nichts Neues gesagt. Er wiederholte nur das, was er vor dem vorläufigen Wirtschaftsrat in zwei Reden bereits dargestellt hatte, in Reden, die vom Ministerialdirektor Kauzick zensierte waren.

Gewiß wird auch dieses Exposé der Ministerialdirektor Kauzick zensiert haben. Und doch sind darin so viele Widersprüche enthalten, die sich verschiedentlich deuten lassen. Grabksi will hohe Einfuhrzölle einführen, man glaubt aber trotzdem nicht an eine Teuerung. Schamhaft gibt man jedoch

zu, daß die Teuerung auf das Budget des Staates einen sehr bösen Einfluß ausübt. Der Ministerpräsident will die Einfuhr auf das äußerste einschränken, dafür umso mehr exportieren, er vergißt aber vollständig den wirtschaftlichen Grundsatz: Wer nicht kauft, verkauft nicht. Es soll tüchtig gespart werden! Dies ist die bekannte Parole, mit der man in Polen schon seit 1½ Jahren Tag für Tag kreisen geht. Und um das Sparen zu erleichtern, hat man bereits einen Sparfamiliekommissar gehabt, der jedoch vollkommen versagte. Nun soll ein Sparfamilierat alles wieder gut machen. Der Beamte darf nichts mehr ohne den Minister machen, der Minister nichts ohne Kontrolleur, und der Kontrolleur nichts ohne den Finanzminister. Und so ist Grabksi zum Diktator im wahren Sinne des Wortes geworden.... Vor kurzem noch predigte man in Polen Selbstgenügsamkeit. Das Material zu dieser Predigt ging besonders von Leuten aus, die für den Ausbruch des Wirtschaftskrieges mit Deutschland mit verantwortlich sind. Nun aber will man von der Selbstgenügsamkeit nichts wissen. Jetzt will man das Ausland gehörig anpumpen, man will sogar die Staatsanleihen verschärfen, ja sogar das Tabak-, Spiritus- und Salzmonopol sollen für eine Verpfändung geopfert werden. Es muß doch schon sehr schlecht stehen, wenn man sich derartige Operationen gefallen lassen will, die man noch vor einem Jahre mit begeisterten Gesten abgelehnt hat.

Doch man soll nicht glauben, daß Ministerpräsident Grabksi seinen Optimismus ganz verloren hat. Gewiß hat er Sorgen, aber er versteht es immer noch meisterhaft, die bekannte optimistische Linie zu wahren. Seinen Worten fehlt jedoch die Überzeugungskraft, seine Worte lassen falt, und seine wohlgemute Miene empfindet man nur als einen äußeren Schein. Die außenpolitischen Erfolge zaubern in Grabkis Augen sogar Zufallsfreudigkeit und innerpolitisch steht alles sehr gut, nach Grabksi sogar ideal. Man kann es daher nicht verstehen, daß die Vertreter der slawischen Minderheiten bei diesen Worten Grabkis einen wütenden Lärm erheben konnten. Haben denn nicht Strzynski und Tschitscherin von der Befriedigung an der polnisch-russischen Grenze gesprochen? Jawohl! Aber die weißrussische und ukrainische Bevölkerung in den Ostwojewodschaften hat sich mit den Tatsachen noch lange nicht abgefunden. Und auch die anderen Minderheiten sind unzufrieden, ja höchst unzufrieden. In der Diskussion über das Exposé wird Grabksi von Seiten der Nationalen Minderheiten zweifellos schwere Anklagen hören. Unzufrieden ist man vor allem mit den gegen die Verfassung verstörenden Praktiken des Kultus- und des Innenministers. Nicht allein die slawischen Minderheiten und die Deutschen sind enttäuscht, nein, auch die Juden beklagen sich darüber, daß die Regierung die ihnen gemachten Versprechungen nicht eingehalten hat. Die Regierung hat sie bitter enttäuscht. Und aus diesem Grunde wollen sie wieder in eine scharfe Opposition gegen sie treten.

Man hatte geglaubt, daß Grabksi dem Sejm ein neues Lösungswort zuflüsterne, ein Lösungswort, das dem Volke den Weg zur Beseitigung der furchtbaren Krise weisen würde, ein Lösungswort, das die Bevölkerung zu neuen Taten begeistern könnte. Dieses Lösungswort blieb jedoch aus. Grabksi brauchte nur die längst von ihm bekannten Stichworte: Opfer und Sparfamilie. Diese Worte ziehen jedoch nicht mehr in Polen, denn das Volk glaubt, bereits genug an Opfern gebracht zu haben. Aber als Grabksi vom Sparen sprach, meinte er damit bereits viel mehr, nur daß er es nicht direkt ausgesprochen hat. Das Sparen allein genügt jetzt nicht mehr. Man muß vielmehr, sollten die von Grabksi in Vorschlag gebrachten Projekte verwirklicht werden, den Leibgut enger schnüren. Da die Regierung nicht den Mut aufbringt, diese bittere Wahrheit dem Volke mitzuteilen, so umschreibt sie ihr Programm, was keineswegs klug ist. Hätte man die Wahrheit gesprochen, so könnte man das Volk gleich zur größten Enthaltsamkeit anspornen und es für die größten Opfer begeistern. Jedenfalls müßte auf diesem dornenvollen Wege der Sparfamilie die Regierung selbst mit leuchtendem Beispiel vorgehen. Wohl hat sie eine große Sparfamilieaktion angekündigt, am Budget sollte besonders viel gespart werden. Was ist aber daraus geworden? Nur 66 Millionen hat man gestrichen, ein Betrag, der der Katastrophe keinen Einhalt bieten kann. Trotz fortwährender Friedensbeteuerungen wird man für militärische Zwecke 694 Millionen Zloty aus. Wie soll das Ausland Vertrauen zu Polen gewinnen?

Zweifellos ist auch der Sejm von der Rede Grabkis schwer enttäuscht, doch man darf nicht glauben, daß der Sejm den Ministerpräsidenten und sein Kabinett zum Rücktritt zwingen wird. Der Sejm hat bereits eine Hinterfront gefunden, durch die Grabksi entslippen kann, eine Hinterfront, die auf das außenpolitische Gebiet führt. Wie können wir die Regierung stürzen, wenn in Locarno über das Schicksal Polens

entschieden wird? Die Ablehnung einer solchen Frage rauscht im gesamten polnischen Blätterwalde. Und so wird das Kabinett Grabksi noch eine zeitlang am Ruder bleiben, bis das Schiedsabkommen über die polnischen Westgrenzen zustande gekommen ist.

Inzwischen wird man versuchen, dem frischen Wirtschaftsorganismus mit verschiedenen Überflutungen ein besseres Aussehen zu geben, an die faulen Fundamente aber wird man nicht herangehen. An diesen faulen Fundamenten, deren Krankheitserreger die teure Produktion und die Unfähigkeit ist, mit den hochentwickelten Industrien Westeuropas in Konkurrenz zu treten, wird man nicht röhren, man soll von ihnen nicht einmal sprechen, denn man würde so Desaitismus verbreiten, und dies würde den ausländischen Kredit untergraben.

Nicht einen einzigen Club hat Grabksi hinter sich, doch die Mehrzahl der Sejmparteien bringt nicht den Mut auf, ihm ihre Meinung offen ins Gesicht zu sagen. Der Sejm selbst kann keine tragfähige Mehrheit zustande bringen, weder eine von rechts noch eine solche von links, und darin liegt das tragische Moment. So wird der unglückliche, nicht mehr an sich selbst glaubende Reformator Grabksi das Staatssteuer weiter lenken. Man wird gegen Verpfändung verschiederter Staatsmonopole eine große Auslandsanleihe aufnehmen, wird wieder einige Zeit lang vegetieren.... Aber da an den faulen Fundamenten nichts gerührt werden wird, so wird auch die große Auslandsanleihe keine dauernde Hilfe bringen. Es wird dann eben eine weitere große Anleihe aufgenommen werden müssen. Doch welche Sicherheit bleibt dann noch übrig, wenn schon das Jüngholz-, Salz-, Tabak- und Spiritusmonopol verpfändet worden ist?

Das gesamte Volk ohne Rücksicht auf die Nationalität hat ein Interesse daran, daß diese morschen Fundamente sobald als möglich aus eigener Kraft gesunden, da man sonst diese Prozedur fremdem Kapital überlassen müßte.

Stresemann gegen Frankreichs Militärvorlage.

Paris, 7. Oktober. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ will erfahren haben, daß im Laufe der gestrigen Sitzung in Locarno bei Art. 5 des Paktes die Debatte über die Garantiefrage eröffnet wurde. Dieser Artikel besagt, wenn die Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei verletzt würden und wenn der Verleger zu den Waffen griffe, dann sei die Rheinlandzone nicht mehr sakro sankt und Frankreich habe das gleiche Recht zu handeln, wie im Falle eines direkten Angriffes. Die vertragliche Festlegung sei unerlässlich, weil Frankreich nicht Verträge unterzeichnen könnte, die sich widersprechen. Hat es doch Polen und der Tschechoslowakei gesagt: Eure Sicherheit ist die unsere. Wenn ihr angegriffen werden, werden wir marschieren.

Außenminister Dr. Stresemann habe darauf erklärt: Die Tatsache des Bestehens eurer Allianz mit Polen fälscht den Sinn des Art. 5 des Rheinlandpakt. Ihr macht den Eindruck, als wenn ihr eine zweite Verpflichtung übernehmt, die darin besteht, sowohl Deutschland wie Polen im Falle eines Angriffes beisteigen zu wollen. Sagt das euer Artikel? Sein Text ist nicht gegen Deutschland gerichtet. Doch wenn man ihn mit dem französisch-polnischen Allianzvertrag vergleicht, ist es sehr klar, daß ihr niemals gegen Polen marschieren werdet, selbst wenn es hundertmal Unrecht hätte, selbst wenn es Deutschland angriiffe. Wir kommen deshalb zu dem Schluss, daß ein Schiedsgerichtsvertrag, bei dem von vornherein eure Parteilichkeit in die Erscheinung tritt, zu unserem Schaden ist.

Sauerwein fügt hinzu, es wäre vergeblich erklären zu wollen, daß dieser Gedanke Stresemanns nicht berechtigt sei.

Der Handel um das Tabak- und Spiritusmonopol.

Warschau, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Seit einigen Tagen weilen hier Vertreter amerikanischer Tabaktruste und pflegen mit der polnischen Regierung Verhandlungen über die Pachtung des polnischen Tabakmonopols. Die Regierung verlangt einen Vorschuß von 100 Millionen Dollar. Weiter verlautet, daß mit einer tschechisch-österreichischen Aktiengesellschaft Verhandlungen geführt werden, die das polnische Spiritusmonopol pachten will. Diese Gesellschaft soll jedoch nicht über genügende Kapitalien verfügen. Sie hat sich mit ausländischen Kapitalkreisen in Verbindung gesetzt, um von diesen das erforderliche Kapital zu leihen.

Polen will ausführen — aber nichts einführen.

Berlin, 9. Oktober. PAT. Über die Handelsverhandlungen mit Polen schreibt das „Berliner Tageblatt“: Die Handels-

Setzt unsere Handelsbilanz nicht der Gefahr aus!!!

„PEPEGE“ Gummischuhe
sind die dauerhaftesten.



„PEPEGE“ Schne-Überschuhe
zeichnen sich durch Eleganz aus.

„PEPEGE“ Sportschuhwerk ist am praktischsten.

„PEPEGE“ Polski Przemysł Gumowy T. A. W Grudziądzu.



11774

Für die anlässlich unserer Silbernen Hochzeit uns überlandten Glückwünsche sagen wir hiermit unsern

herzlichsten Dank.

Gustav Schmidt
nebst Frau

Mozgovin.

8166

Ich mache es Ihnen möglich
Ihren lieben Verstorbenen ein **Grabmal**
setzen zu lassen durch meine unerreich-

niedrigen Preise durch
gute Arbeit durch
Zahlungserleichterung.

Steinmetzmeister G. Wodsack,
nur Dworcowa 79. 11262

Bin verzogen von ul. Toruńska
nach Okole
ul. Grunwaldzka 106
(im Hause der Apotheke).
Sprechstunden: 9-11 und 3-6.
An Sonn- und Feiertagen: 10-12 vorm.
Dr. med. Kielinger,
prakt. Arzt u. Geburtshelfer.
8114

Behördlich konzessionierte
Handels-Kurse
Unterricht in Buchführung, Maschinenschreib.,
Stenographie, Korrespond., Wechselfahrt usw.
Anmeldungen nimmt entgegen 11095
G. Borreau, Bücher-Revisor,
Jagiellońska 14. Telefon 1259.

Jakob Job, Bydgoszcz
Gegr. ul. Dworcowa 48 Tel.
1905 u. Sobieskiego 10b 476
Einziges Unternehmen am Platze, welches
Fußböden und Stufen in

Terrazzo und Mosaik
ausführt. 11592
Überdies große Auswahl in

Grab-Einfassungen u. Denkmälern
aus natürlichem und künstlichem Gestein,
speziell künstlichem Granit.

Carrara-Marmor für Waschflische,
Nachttische usw.
in verschiedenen Gattungen u. ungewöhnlichen
Farben.

Großes Lager: Schnellste Ferligstell. mit Hilfe
v. elektr. betrieb. Masch.: Angemessene Preise.

Roggenschrot, Gerstenschrot
Roggolleie, Weizenolleie
Gerste, Hafer sowie **Hüfsel**
liefern zu billigsten Tagespreisen. 11899

Gebr. Lange Nachf.
Bożowni 11net 7. Bożowni 11net 7.

Geldmaru
2-3000 zt
auf 4 Monate, gegen
hohe Zinsen und Bürg-
schaft, werden gefücht.
Off. unter S. 8196 an
die Geschäftsst. dts. 3tg.

Bribat-Geld
wird gefüchtet, gegen
Sicherheit für eine gut
fundierter Fabrik in
Tornu. Interessenten
wollen sich melden
Wirtschaftsfach 29 in
Tornu. 11686

Suche 2000 Zloty
auf Grundstück u. Ge-
schäft, Hypothek oder
and. Garantie. Zu erfr.
u. S. 8961 i. d. D. Rdch.

1500 Morg. gr. Gut
sucht a. erstst. Hypoth.
15000-20000 zt
geg. hohe Zins. (Dollar-
Sicherung). Offert. unt.
C. 11776 a. d. Gt. d. 3tg.

Gießengesuch
Jung. ev. Landwirtsch.
Beamter sucht gefüchtet
auf gute Bezugn. Stel-
lung auf Gut als
Ressortführer

Poin. Spr. in Wart u.
Schrift mächtig. Steno-
grap.-Schreibm. Guts-
vorsitzender vertraut
Off. erb. H. Brätsche,
Dietl W. (voct.), 8012
pow. Inowrocław.

Junger Mann aus
der Kolonialwarenbr.
sucht ab 1. 11. 1925
Stellung mächtig d. poln. u. dtch.
Sprache. Offerten u.
S. 8090 a. d. Gt. d. 3tg.

Gießengesuch
bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.
Offerten an 11747
Richard Siegmund
Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Offene Stellen

Berläufer und Lehrling

für unser technisches Handelsunter-
nehmen sofort verlangt. Beherrschende
beider Landessprachen Bedingung.
Lebenslauf mit Referenzen er-
betet unter S. 11814 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.

Hofbeamter

unverheiratet, d. polni-
schen Sprache mächtig,
per sofort od. 1. Novem-
ber 25 für das Haupt-
gut **Pepono**, im Kreise
Gothyn gefüchtet. Be-
werber müssen schon
früher ähnliche Stellen
mit Erfolg bekleidet
haben. Bewerbungen u.
Zeugnisabschrift, au-
richten an die 11791
Administration der
Herrschaft Pepono,
powiat Gothen.

Brennerei- Verwalter

für bevorsteh. Brenn-
zeit 1925/26 logistisch
gefüchtet. Zeugnisabschr.
Gehaltsanspr. erbittet
Gutsbesitzer Temme,
Węgrows, Powiat, 11085

weitere

Maschinenfabriker
mit reicher Erfahrung
in landw. Maschinen
für dauernd gefüchtet.
Angab. mit bisheriger
Tätigkeit und Alter an
B. S. 11791 Fabr. Maszyn,
Lasin (Pomorze), 11551

Zwei Dachdecker-

Gesellen 1162
sich sofort melden.
Firma Memczewski,
Jordan, Słoneczna 1.

Chauffeur-
Mechaniker

wird gefüchtet. Wo? sagt
d. Geschäftst. d. 3tg. 1175

**Bäckerei-
Werksführer**

mit reichen
Erfahrungen in
Seinbäckerei

per 1. November oder
sofort gefüchtet. 11701
Angabe mit Zeug-
nisabschriften erbet.

Schweizerhof

Sp. z ogr. odp.
Möller u. Bäckerei-
Großbetrieb, Bydgoszcz,
Jacłowskiego 25/27.

2 Lehrlinge

nicht unter 16 Jahren,
stellt ein B. Hina,
Fabr. Maszyn, Lasin
(Pomorze). 11754

Geüchtet ein kinder-
liebes, fröhliches, ge-
bildetes,

jun. m. Z. 1. 26 od. früh
anderw. Stellung auch
als Forstfjetär. Gefü.

Offerten an 11700
Rektorat. N. Pels,
Rozbik, poct. Kwiec.,
pow. Wieliczka.

an die Gt. dieser 3tg.

Junger, tüchtiger,
ausgelernter 11755

Müllergeselle
sucht Stellung per sofort
od. später. Angab. zu
richten an M. M. pa-
row, R. Koepke,

pow. Wieliczka.

alleinsteh. jung. Frau,
perf. Schneiderin sucht

z. 15. 10. od. sp. Stell. als
Hausdame od. Stütze
in groß. Haus. Gefü.

Zuldr. unter 11787 an
Buchdla. Mosłowski,
Solec-Kujawski.

Junges Mädel
vom Lande, für an-
geneh. kleinen Stadt-
haus halt vom 15. 10.
gefüchtet. Off. u. S. 8151
a. b. Geschäftst. d. 3tg.

ehrliche, saubere Frau,
am liebt, alleinsteh.

18 Jahre alt, evang.,
m. guter Schulbildung,
zum 1. 11. 25 größeren
Guthaushalt zur

**Erlernung der
Gutswirtschaft**

für Hausarbeit auf
ganz. Tag ohne Schlaf-
gelegenheit per sofort
gef. Jacłowskiego 12/13/11.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Guts wirtschaft

bei vollem Familiens-
anclius, ohne gegen-
setige Vergütung.

Offerten an 11747

Richard Siegmund

Fleischermeister
Kruszwica, 11net 6.

Bromberg. Sonnabend den 10. Oktober 1925.

Pommerellen.

9. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

Zur Stadtverordnetenwahl.

Zu der am Sonntag, den 11. d. Mts. um 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends stattfindenden Stadtverordnetenwahl sei darauf hingewiesen, daß die Stimmzettel auf keinen Fall gefälscht oder sonst feindlich gemacht werden dürfen. Zettel, die auf irgend eine Weise, sei es durch Zusammenlegen oder sonst nur äußerlich abweichen, sind ungültig. Die Umstöße, in die die Zettel gelegt werden müssen, dürfen nicht verschlossen werden.

Auf dem Zettel der deutschen Fraktion steht nur der Name Georg Duday. Die weiteren Kandidaten der deutschen Liste sind: Rechtsanwalt Fritz Partikel, Würmacher Alois Stuhldreher, Arzt Dr. Erich Hoffmann, Monteur Wilhelm Haak, Steinzeherobermeister Julius Goetz, Gärtnereibesitzer Franz French, Gymnasiallehrer Franz Baffian, Pfarrer Otto Jacob, Küster Karl Thiel, Kaufmann Adolf Büdecke, Kaufmann Arthur Martin, Kaufmann Karl Meißner, Rentier Emil Grunenberg und Rentier Karl Tappert. Wahlzettel der deutschen Fraktion werden am Wahltag vor den Wahllokalen durch besondere Verteiler ausgegeben werden, sind aber auch in folgenden Auskunftsstellen in Empfang zu nehmen: Café Diez, Lipowa 33 (Gindenstraße), Svatobrā Breitke, Rynel 16 (Markt), Restaurant Menz, Chelmincka 48 (Culmerstr.) und Marienheim Staszycza 5 (Goslerstraße). Es ist Pflicht eines jeden deutschen Wählers, den Zettel Georg Dubay abzugeben. Es ist auch unbedingt erforderlich, daß zur Wahl der polizeiliche Anweisung oder der Steuerzettel mitgebracht wird.

Als Kuriosum sei erwähnt, daß in einer Besprechung des Wahlvorstandes mit den Vorsitzenden der verschiedenen Wahlbezirke die Ansicht vertreten wurde, der Wahlzettel der deutschen Fraktion sei nicht gültig, da er den deutschen Vornamen Georg führe; es müsse die polnische Übersetzung des Namens dafür stehen. Von den anwesenden Vertretern der deutschen Fraktion wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß nur die standesamtliche Eintragung des Namens maßgebend sein könne. Diese Ansicht wurde dann auch als richtig anerkannt und damit auch der Wahlzettel „Georg Duday“.

a. Das Weichselwasser fällt weiter recht langsam. Der Wasserstand ist noch immer hoch. Am Mittwoch kam ein Schraubendampfer mit vier großenteils beladenen Fahrzeugen stromauf.

f. Von Mühlen-Versicherungsverband. Schon seit langen Jahren machte es Schwierigkeit, die meist ganz aus Holz erbauten Windmühlen auf dem Lande gegen Feuergefahr zu versichern. Die Gesellschaften lehnten direkt die Versicherung dieser Objekte ab. Die Mühlenbesitzer in Westpreußen schritten dann zur Selbsthilfe und gründeten einen Versicherungsverband. Er hatte seinen Sitz in Briesen und führte daher den Namen „Briesener Mühlen-Versicherungsverband“. Im Laufe der Jahre hatte er aber seine Tätigkeit weiter ausgebaut und hatte Mitglieder in der ganzen Provinz Westpreußen, ja, wohl bis über die Grenzen der Provinz hinaus bis nach Pommern hinein. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf mehrere Hundert. Da die Selbstverwaltung nur geringe Kosten verursachte, waren die Beiträge auch bei Schadensfällen nur mäßige. Die Mühlenbesitzer standen sich recht gut mit dieser Einrichtung. Es fand alljährlich eine Hauptversammlung statt, die in den letzten Jahrzehnten in Graudenz abgehalten wurde. Der Vorsitzende wurde von den Mitgliedern aus ihrer Reihe gewählt, und mehrere Jahre beliebte Mühlenbesitzer dieser Demmler aus Neuenburg dieses Amt. Nach der politischen Umgestaltung war Mühlenbesitzer Herrmann in Schneid im Kreis Culm Vorsitzender. Da in dieser Zeit das Amt eines Vereinsvorsitzenden wohl nicht zu den Unzumutbarkeiten des Lebens gehörte, fand sich kein deutscher Mühlenbesitzer, der das Amt übernahm, und es wurde ein polnischer Mühlenbesitzer zum Vorsitzenden gewählt, obgleich die meisten Mitglieder deutschstämmig waren. Der neue Vorsitzende veranlaßte verschiedene Änderungen. Vor allen Dingen kostete die Sache nun bedeutend mehr Geld. Das gab zu Mißhelligkeiten Anlaß, und in der letzten, im August stattgehabten Hauptversammlung wurde ein deutsches Mitglied, der Mühlenbesitzer Niedel in Paparcyn im Kreis Culm, zum Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende war mit dem Resultat der Neuwahl aber nicht einverstanden, denn er hatte sich in seinem Amt ganz wohl befunden, und kurzerhand hat er hier eine Mitgliederversammlung einberufen. Auf der Zusammensetzung steht u. a. „Übersetzung des Statuts in die polnische Sprache“ und „Wahl eines Vorsitzenden und eines Sekretärs“. Auch von dem neuen deutschen Vorsitzenden wurde eine Versammlung einberufen. Auf das Resultat der Verhandlungen darf man gespannt sein.

* Sportliches. Der B. f. B. Schönthal Kreis Graudenz hatte am Sonntag, den 4. Oktober, auf seinem Sportplatz in

Bohwinkel die 2. Mannschaft des Sportklubs Graudenz zum Fußballtrainingsspiel zu Gast. Graudenz, das unerwartet seine Spielbereitschaft erst im letzten Augenblick zusagte, begegnete auf dem Bohwinkeler Kampfplatz infolgedessen auch nur einer unvollständigen, aus 10 Spielern bestehenden Mannschaft. Die Graudenser 2. Mannschaft, deren Spielstärke noch durch Spieler aus S. C. G. 1. Elf erhöht wurde, hatte das Spiel stets in ihrer Gewalt und gewann mit 10:1 (2:0). Während in der B. f. B. Mannschaft die Läuferreihe und der Sturm aus Erfahrungswerten bestand, ließte das Verteidigertrio nützliche Abwehrspieler und verhinderte eine höhere Niederlage. Der neue B. f. B.-Torwartin zeigte gute Linie und durfte bei leidigem Training zu einem schwer zu überwindenden Wallwerk werden.

e. Einen bedauerlichen Unfall erlitt am Mittwoch der praktische Arzt Sanitätsrat Dr. Jacobi. Er brach den linken Unterarm bei mal.

* Aus dem Waisenhaus in der Rybacka entflohen ist Donnerstag früh das Waisenmädchen Elżbieta Kondziel. Sie hat öfter von ihrer Absicht zu entlaufen zu Genossinnen gesprochen. Die Ursachen ihrer Flucht sind bisher unbekannt.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Singakademie. Die Singstunde am Montag, den 12. d. Mts., fällt infolge des Oktoberfestes aus und findet dafür Donnerstag, den 15. Oktober, 8 Uhr abends statt. Die Mitglieder werden dringend erachtet, bestimmt zu erscheinen, da diese Singstunde gleichzeitig Generalprobe vor bevorstehenden Glöckneweih ist. Ferner wird beachtigt, am Totensonntag das berühmte Requiem von Mozart aufzuführen. Alle langen-festlichen Damen und Herren, die bei diesem heiligen Wette mitwirken wollen, können sich bei Herrn Musikdirektor Helschko, Lipow 96, schriftlich oder jeden Montag vor der Übungsstunde des Vereins, um 8 Uhr abends, im Gemeindehaus verbindlich anmelden.

Ermächtigte Familientarife für die „Airmes in Garmisch-Bartenkirchen“. Für Familien ist der Eintritt von der dritten Eintrittskarte an auf je 3 Stück ermäßigt worden. Der Festauszug kommt den vielfachen Wünschen um Ermäßigung nach; er will es vor allen Dingen allen Kreisen von Stadt und Land ermöglichen, das Bühnen-Oktoberfest zu besuchen, da gerade diese Feste zeigen sollen, daß alle Kreise die Tätigkeit der deutschen Bühne anerkennen. Damit seines bei diesen schlechten Zeiten zu fehlen braucht, und ihm dann der Vorwurf gemacht werden kann, daß er die deutschen kulturellen Bemühungen nicht unterstützt, ist der Eintrittspreis für Familien heruntergesetzt worden. Die „Airmes in Garmisch-Bartenkirchen“ wird aber auch jedem Besucher einige fröhliche unvergessliche Stunden bieten. Es werden die verschiedensten Veranstaltungen und Abwechslungen geboten werden, unter Anderem sind eine Danziger Bandandoni-Kapelle und für die Alpenhütte Zither-spieler engagiert worden. Die Ausschmückung des Saales ist wiederum künstlerisch durchgeführt; er ist schon allein für sich eine Sehenswürdigkeit.

mittags ausgeführt, und es ist unerklärlich, daß niemand der Hausbewohner den Dieb mit seiner großen Beute wahrgenommen hat.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Copernicus-Verein. Conrad Ferdinand Meyer-Gedächtnisfeier morgen, Sonnabend, 8 Uhr, im Deutschen Heim. Vortrag und Rezitationen: Erika Solms Berlin. — Karten bei Ostar Stephan, Szerofa 16.

1179

er Cism (Chelmo), 8. Oktober. In einem Anfall von Schweiß ertrankte sich in dem Hauptabzugsgraben der Stadtmauer eine 65-jährige Frau des Schuhmachermeisters Glinka aus Podwizy. Die Leiche wurde am Sonntag 4. d. Mts. aufgefunden.

* Ronik (Chojnice) 8. 10. Während ein hieriger Hauswirt am vergangenen Montag in Bromberg weiltete tauschte einer seiner Mieter seine 3-Zimmerwohnung gegen eine ebensole eines fremden Mieters aus, so daß der Wirt, als er am Abend desselben Tages zurückkehrte, die Fremden gemüthlich in seinem Hause wirtschaften sah. Natürlich wird eine Ermittlungslage Ordnung schaffen.

Mossul und Europa.

Von Oberstleutnant a. D. von Blankensee.

Während vor dem Kriege das waffenstarke Kaiserreich in Zentraleuropa dem Frieden der Welt lange Zeit eine feste Garantie bot, so daß der leitende deutsche Staatsmann noch wenige Stunden vor dem Ausbruch des Balkans nicht an ein Ver sagen seiner pazifistischen Politik glauben wollte, machte der Staat Deutschlands durch das Versailler Diktat dem Kampf um die Macht den Weg frei.

Der erste und vielleicht einzige Kriegsgewinner, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, bewußt seine im Augenblick wenigstens unangreifbare Stellung hinter den Festungsgräben des Atlantischen und des stillen Ozeans zu großkapitalistisch-pazifistischer Expansion. Unabhängig von dieser Politik kämpfen französische und britischer Imperialismus unter der Maske gegenseitiger wohlwollender, ja freundschaftlicher Gesinnung einen zähen und verbissen Kampf. „Einen Anfall von tiefer weltgeschichtlicher Zerstreutheit“ nennt der Däne Larsen die Zustimmung Englands zu dem Vertrag von Versailles, der die bisher von jedem britischen Staatsmann sorgfältig gepflegte balance of power in Europa zerstörte. Auf den ersten Blick erscheint es erstaunlich, daß England diese weltgeschichtliche Zerstreutheit auch nach dem Kriege fortführte, indem es seine militärischen Mittel auslöste, eingedenkt des japanischen Wahlspruches: „nach der Schlacht bindet den Helm fester“.

Der alte Lloyd George, der inzwischen viel Kummernd von den Franzosen erfahren mußte und deshalb seine eigene Politik von 1918/19 heftig bekämpft, hatte durch die Versailler Ungehörigkeiten ein in Europa saturiertes Nachkriegsfrankreich schaffen wollen, das England in der weiten Welt freie Hand ließ. Eine ausreichende Gegenleistung glaubte der damals für die britische Politik verantwortliche Staatsmann in dem Söderbysvertrag erhalten zu haben, weil dieses Diktat das Stammland des Islam an England ausschlieferte. Als Kraftzentren einer mächtig auflebenden britischen Orientpolitik auf die, so hoffte man, auch Indien reagieren mußten, waren Konstantinopel, Mesopotamia und Palästina ausgewiesen. Ein starker Einfluß auf Russland sollte durch britische Dardanellen und einen britischen Bosporus gewonnen werden, eine Gestaltung der Dinge, die das Schwarze Meer in ein britisches Gewässer verwandelt haben würde.

So unwahrscheinlich diese Pläne heute anmuten: ohne die Persönlichkeit eines Mannes wären sie zur Wahrheit geworden. Mit dem Friedensschluß stand die englische Politik der willfähigen Regierung eines mächtigen Sultans gegenüber, deren Mitglieder für das Knistern der Sterlingsnote bedenklich insinuierten. Ein außerordentlicher Erfolg der britischen Politik war die Entwaffnung des türkischen Heeres, die allerdings insofern nicht völlig durchgeführt wurde, als nicht wenige der in die Heimat zurückkehrenden Bauernsöhne ihre Gewehre mitnahmen. Ein Vorteil für England war es auch, daß die anatolische Politik Londons von der Allgemeinheit der türkischen Bevölkerung natürlich nicht erkannt wurde, und daß die tiefen und reizbaren Wälder des Osmanen sich lange Zeit in einem blutigen Bandenkriege gegen Armenier und

Graudenz.

Deutsche Wähler und Wählerinnen!
Wenn Du nicht weißt, in welchem Stimmlokal Du
am 11. Oktober, von 8—8 Uhr
zur

Stadtverordnetenwahl

Grudziadz

wählen sollst, erkundige Dich in den Auskunftsstellen:

Marienheim, Staszycza 5, Tel. 845

Café Diez, Lipowa 33, Tel. 124

Spatenbräu Breitke, Rynel 16, Tel. 17

Restaurant Menz, Chelmincka 48, Tel. 657.

Auf Deine Stimme kommt es an, sage
es auch Deinem Nachbarn!

Keine deutsche Stimme darf fehlen.

Stimmzettel: Georg Duday.

Tanzunterricht.

1. Tanzstunde

Donnerstag, den 15. Oktober, 7½ Uhr, im
Gemeindehaus, Münsta. Anmeldungen
nehme ich noch entgegen.

11741 Frieda Sinell, Forteczna 20a.

Ein ordentlicher Bäcker.	200 Schodillgurken
Lehrling	400 Str. Weißkohl
lann sich melden. 11740	50 Str. Karotten
G. Hannutsch,	hat abzugeben 11752

Nadgora 16a. bei Grudziadz.

3.—zt

einschließlich Steuer und Garderobe

festgelegt. Eintrittskarten in unserem

Geschäftszimmer Mickiewicza 15. 11781

Büro. Pf. Dieball.

Freitag, nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe, Pf. Dieball.

Samstag, 11 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Sonntag, 12 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Montag, 1 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Dienstag, 2 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Mittwoch, 3 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Donnerstag, 4 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Freitag, 5 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Samstag, 6 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Sonntag, 7 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Montag, 8 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Dienstag, 9 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Mittwoch, 10 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Donnerstag, 11 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Freitag, 12 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Samstag, 1 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Montag, 2 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Dienstag, 3 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Mittwoch, 4 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Donnerstag, 5 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Freitag, 6 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Samstag, 7 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Montag, 8 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Dienstag, 9 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Mittwoch, 10 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Donnerstag, 11 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Freitag, 12 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Samstag, 1 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Montag, 2 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Dienstag, 3 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Mittwoch, 4 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Donnerstag, 5 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Freitag, 6 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Samstag, 7 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Montag, 8 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Dienstag, 9 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Mittwoch, 10 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Donnerstag, 11 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Freitag, 12 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Samstag, 1 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Montag, 2 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Dienstag, 3 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Mittwoch, 4 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Donnerstag, 5 Uhr: Männerhilfe, Pf. Dieball.

Griechen erschöpft, die aus den Ententeverbünden abgegebener türkischer Waffen reichlich ausgerüstet waren. Angefischt der ohnmächtigen Lage des Landes glaubte England jeden äußeren Schein höflicher Konvenienz fallen lassen zu dürfen, und begann eine Eroberungspolitik mit allen Mitteln brutaler Gewalt. Ein Spießsystem wurde eingerichtet, dessen Brauchbarkeit durch die Verhaftung von etwa hundertunddreißig hochstehenden Türken, Staatsmännern, Offizieren und anderen erwiesen wurde. Jeder, wenngleich unbewaffnete Widerstand, den verständlicherweise das britische System an einzelnen Orten fand, wurde kurzer Hand mit den Waffen befeitigt, wobei nicht selten türkisches Blut vergossen wurde.

Inmitten dieser Entwicklung der Dinge, die sich für die Türkei vom Schlimmen zum Schlimmsten zu vollziehen schien, entstand den Osmanen der Erretter. Es war eine glückliche Schickung für die Türkei, daß in dieser für ihre staatliche Selbständigkeit allerkritischsten Zeit der ehemalige Körpskommandant Mustapha Kemal Pascha als Generalinspekteur der acht östlichen Villajets von Anatolien in Erzurum in einem von Ententetruppen freien Gebiet ansiedelte. Kemal berief einen Kongreß nach dem weiter westlich gelegenen gleichfalls nicht besetzten Sivas auf welchem die Unvergleichlichkeit des türkischen Reiches, Widerstand bis zum letzten Mann und ein Zurverfügungstellen von Leben und Besitz des Einzelnen zu Gunsten der Nation zum Gesetz erhoben wurde.

Dem heroischen Entschluß folgte die heroische Tat. Bezeichnend für diese Periode der Türkei ist der Umstand, daß die türkischen Patrioten von Konstantinopel aus geächtet und insbesondere Mustapha Kemal in contumaciam zum Tode verurteilt wurde. Das der gerechte aber unerbittliche Kemal später gegen alles, was als antinational erwiesen war, mit äußerster Härte vorging, sei erwähnt.

Im Verfolg auf Kosten der geschwächten Türkei scheinbar unschwer zu erreichender Großmachtprästension ging Griechenland als Partisan und Vasall in den Dienst Englands und erntete — von England mit neuzeitlichen Kriegsmitteln ausgerüstet — gegen schlechth bewaffnete türkische Landsturmformationen leichte Erfolge. Aber nachdem die Neugründung des türkischen Heeres mehr und mehr durchgeführt war, holte sich die griechische Offensive in den für Tanks und Geschütze nur wenig zugänglichen Bergen am Salariaberg eine schwere Niederlage. Als am 11. März 1922 der Drach die Nachricht von der Einnahme Smyrnas durch die inzwischen mit französischen Geschützen bewaffnete türkische Armee nach Europa brachte, da wußte man zu allererst in Paris, daß dieser Schlag nicht nur das arabischische Heer, sondern auch die britische Orientpolitik erschüttert hatte.

Auf der Grundlage der hier in knapper Skizze entrollten Vorgänge spielt sich heute das türkisch-englische Widerspiel um Mossul ab. England kämpft um Prestige und wirtschaftliche Vorteile. Die Türkei will ihr Recht. Die wirtschaftlichen Aussichten des Mossuldistriktes sind bedeutend, auch abgesehen von dem wertvollen Petroleum in Dairara. Durch ein Bewässerungssystem könnte die reiche Fruchtbarkeit des Landes, das Weizen, Gerste, Baumwolle und Reis hervorbringt, voll entwickelt werden. Aber nicht der wirtschaftliche Vorteil ist in diesem Fall für England das Wesentliche. Es scheint vielmehr, daß man in London nicht anstreben würde, das gesamte Kleinasiaten zu erobern, nachdem es sich in so unerfreulicher Richtung entwickelt, aufzugeben, wenn die Liquidation ohne eine für England kaum mehr erträgliche Einbuße an Aussehen durchzuführen wäre.

So lange London aber nicht auf Mossul verzichtete, mußten Konferenzen zwischen dem englischen Kolonialminister Amery und dem türkischen Außenminister Tevfik Bey vergeblich sein. Auch daran zweifelt heute niemand mehr, daß die Türkei niemals einen ihr lästigen Schiedsspruch des in den zu behandelnden Materien wie gewöhnlich unorientierten Völkerbundes anerkennen, daß Kemal, wenn es sein muß, an das Schwert appellieren wird.

Die türkische Wehrmacht der Gegenwart besteht aus neun wohl ausgerüsteten und kampfesbegeisterten Armeekörpern und drei Divisionen erstklassiger Kavallerie. Nur ein Korps befindet sich auf europäischem Boden. Die Hauptstreitkräfte gruppieren sich in Asien um die Armeeinspektionen in Konia, Angora und Sivas. Für die Bewertung der Machtverhältnisse ist die Annäherung, die sich zwischen der Türkei und Sowjetrußland mit scharf auf England gerichteter Spitze vollzogen hat oder vielmehr im Augenblick vollzogen, von hoher Bedeutung. Die Gegenseitigkeit der Interessen leuchtet ein. Das an sich englischfeindliche Russland will den Briten von den Meerengen und dem Schwarzen Meer fern halten, und die Türkei findet bei den Sowjets eine natürliche Stärkung ihrer Macht. Die Unsicherheit der Lage wird durch den Hofsprung der britischen Irakverwaltung, die London um Truppen angeht, belastet.

In England läßt sich Lloyd George von heftigen Angriffen gegen die Regierung nicht dadurch abhalten, daß im Grunde er selbst es war, der seinem Lande die Suppe eingekocht. Unter dem Druck der äußeren Politik wählt das innerpolitische Missvergnügen von Tag zu Tag, wie der liberale Aufstand der Nachwahlen in Stockport handgreiflich bestätigt. Unter diesen Umständen sprechen liberale Blätter in aller Deutlichkeit aus, daß die Regierung schwerlich in der Lage sein werde, die Nation von einer starken Politik gegen die Türkei zu überzeugen.

Eine weltpolitische Bedeutung aber, die auch den Deutschen angeht, erhält die Auseinandersetzung über Mossul durch die Erweiterung der Spalte zwischen England und Frankreich. Immer mehr weist der französische Imperialismus der Londoner Politik den einzigen gangbaren Weg ins Freie. Er führt über die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts und ist in den Wirren von Versailles freilich schwer zu finden.

Auch ein Beitrag zur Kriegsschuldlüge.

Vor einigen Tagen sind, wie schon gemeldet, die „Erinnerungen“ Lord Greys im Buchhandel erschienen. Das Buch erfährt in allgemeinen mehr schriftstellerische als kritische Besprechungen, unter denen diejenige des „Daily Graphic“ den Vogel abschießen dürfte, denn niemand anders als Herr Poinear beschreibt in diesem englischen Blatt das Buch, und er versäumt natürlich nicht, dankend anzuerkennen, daß Grey seine Auffassung von der Kriegsschuld Deutschlands und der Unschuld der Verbündeten teilt. Der Vergleich mit den Auguren, die einander verschlungen lächeln, drängt sich da von selber auf. Es fehlt aber auch nicht an anderen Stimmen. Selbst der „Graphic“ bemerkt im Leitartikel:

„Grey sagt, er habe jeden Weg versucht, um 1914 den Frieden zu erhalten. Einen Weg hat er nicht versucht, nämlich den unbedingten Offensiv gegenüber seinem Volk und gegenüber Europa. Wollte vier Jahre lang, von 1908 bis 1910, gingen militärische Besprechungen zwischen England und Frankreich hin und her, und nicht allein hatte das englische Volk keine Ahnung davon, es waren auch nur drei oder vier Kabinettsmitglieder in das Geheimnis eingeweiht.“

Die bisher schärfste Kritik des Buches erscheint heute im „Daily Herald“ aus der Feder des diplomatischen Mitarbeiters des Blattes W. N. Ewer.

Das Buch Greys, heißt es da nach der „Kölner Zeitung“, ist weder unparteiisch noch aufrichtig. Es erwähnt z. B. nur mit einem einzigen Satz den entscheidenden Schritt vom 2. August, wo Grey, noch ehe die Neutralität Belgiens verletzt war, Frankreich die Unterstützung der englischen Flotte zusagte, obwohl eben dies der Schritt war, der nach den Worten des Lord Loreburn England endgültig und unwiderruflich zum Kriege verpflichtete. Auf der anderen Seite verrät Grey mehr, als er vielleicht sagen will. Er zeigt uns die Zeit von 1905 bis 1914 als eine Zeit ständiger Vorberührung für den Krieg gegen Deutschland. Die Flotte wurde gerüstet, die Landungsarmee wurde vorbereitet, militärische Abmachungen wurden mit Frankreich und Russland zu Land und zu Wasser getroffen, und der Beitrag der Diplomatie bestand, wie Grey selbst röhmt, darin, „eine Fühlungnahme mit Frankreich und Russland zu halten und den Krieg hinauszuschieben, bis England besser in der Lage war, ihn durchzuhalten.“ Als Grey das Auswärtige Amt übernahm, war sein erster Schritt, in die Aufstellung gemeinsamer Pläne des englischen und französischen Generalfabs für den gemeinsamen Krieg gegen Deutschland einzuvilligen. Er scheint damals die Bedeutung dieses Schrittes nicht einmal erkannt zu haben, denn erst nach acht Jahren, wo es zu spät war, gelangte er, wie er sagt, zu der Erkenntnis, daß alle jene Abmachungen und Unterredungen schließlich doch Verpflichtungen schufen, trotz des ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie nicht so geheißen seien.“ Im Jahre 1911 zeigte sich blauartig, wie weit die Dinge schon gediehen waren. Herr Asquith, der damals erster Minister war, richtete an seinen Minister des Auswärtigen die besorgte Frage, ob diese militärischen Unterhaltungen nicht gefährlich seien. Grey antwortete in einem Brief, aus dem eine Art Panik spricht, daß es Bestürzung in Frankreich erregen würde, wenn den militärischen Sachverständigen jetzt verboden würde, ihre Besprechungen fortzuführen. Diese Besprechungen und die Reden der englischen Staatsmänner hätten zweifellos bei den Franzosen die Erwartung gezeitigt, daß die Engländer ihnen helfen würden. Aber er, Grey, wisse nicht, wie dieser Eindruck hätte vermieden werden können. Hier liegt, so sagt Ewer, der Schlüssel zur Politik dieses Mannes. Wenn die Kriegstreiber seine Zustimmung zu irgendeinem neuen Schritt haben wollten, so brauchten sie nur zu sagen, daß die Ablehnung die Franzosen tränken und das Einnehmen in Gefahr bringen würde, dann fiel er regelmäßig um. So wurde er Schritt für Schritt in eine Lage gelockt, wo England sich gezwungen sah, zu den Waffen zu greifen, weil Österreich Serbien angegriffen hatte. Nur eines lehnte Grey hartnäckig ab. Er wollte weder einen Bündnisvertrag abschließen, noch den Franzosen irgendein förmliches Versprechen geben, da er hierzu die Zustimmung des Kabinetts hätte einholen und auch das Parlament hierzu hätte unterrichten müssen. Hier liegt das größte Rätsel in seinem Charakter. Dieser augenscheinlich ehrenhafte Mann trieb neun verhängnisvolle Jahre lang eine Politik bewußter Täuschung seiner Kollegen, des Parlaments und des ganzen englischen Volkes. Er gründete tatsächlich einen militärischen Bund gegen Deutschland, aber er bestand gleichzeitig darauf, diesem Bund eine Form zu geben, die ihm ermöglichte, ihn nicht nur zu verheimlichen, sondern zu bestreiten, daß er überhaupt vorhanden sei. Er rechtfertigte diese Politik vor sich selber damit, daß sie ihm die Hände freilasse, um erst in der Stunde der Entscheidung an merken, daß er nicht frei war, sondern hoffnungslos verstrickt, daß Frankreich und Russland auf den Besitzstand Englands zählten und es unmöglich geworden war, ihn zu verweigern.

Es war, so heißt es am Schluss dieser scharfen Kritik, eine doppelte Tragödie, die Tragödie Lord Greys und die Tragödie der Weltgeschichte.

Wenn man die vorstehende Kritik liest, wird man erst recht Lloyd George Recht geben müssen, daß die einzelnen Staaten in den Weltkrieg hineingetrieben sind. Um so unverständlich ist es, wenn die englische Regierung, wie es in ihrer letzten Note an Deutschland geschehen ist, die Frage der Kriegsschuld als eine res judicata (natürlich zu ungünsten Deutschlands) bezeichnet.

Rundschau des Staatsbürgers.

Ermittlungen nach vermissten Personen.

Das Innenministerium verordnete in einem Rundschreiben an die Wojewoden, daß die Administrationsbehörden erster Instanz für Anträge betr. Suche von vermissten Personen im Ausland (wenn diese Anträge eine Beleidigung durch die betreffenden Konsulate benötigen) Konsulatsgebühren in Höhe von 5 Zloty für jede Anschrift erheben. Diese Gebühren können in Stempelmarken bezahlt werden. Unbemittelte Personen können von dieser Gebühr befreit werden.

Zur Liquidierung bestimmt

sind laut „Monitor Polski“ Nr. 220 und 220 folgende Dörfer: die Rentenansiedlungen Stari Dwory Nr. 22, Kurt Wollstein, Bes. Friedrich Wittel; Postnowo, Kreis Nien, Bes. Heinrich Fleßner; Grundstück in Schönsee (Skarszewy) Kreis Berent, Bes. Johann Schießlein; die Rentenansiedlungen Niemitz, Kreis Culm, Bes. Gustav Rohde und Wilkowice Nr. 2, Kreis Wirsitz, Besitzer Emil Müller; Grundstück in Puzig, Bes. Karl Irrgang.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 9. Oktober.

S Eine umfangreiche Liquidation. Der „Monitor Polski“ Nr. 220 vom 5. Oktober teilt in der üblichen amtlichen Fassung mit, daß die Firma „Kaisers Kaffeehaus“, G. m. b. H., momentan in Briesen, jetzt in Danzig, mit ihren 89 Filialen auf dem Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen zur Liquidierung bestimmt ist, und zwar mit ihren sämtlichen Einrichtungen.

S Erhöhte Prämie. Der Eisenbahminister hat den Schaffern, die blonde Passagiere abfassen, die Prämie von 5 auf 25 Prozent vom erhöhten Strafzettel erhöht. Außer den Schaffern haben auch alle die ein Anrecht auf die Prämie, die mit der Fahrkartkontrolle zu tun haben.

S Eine musikalisch-rezitative Feier fand am Mittwoch abend im Evangelischen Gemeindehaus statt, im Rahmen der dreitägigen „Deutschen Freizeit“, die gestern abgeschlossen wurde. Aus den „Dreieichen Bächen der deutschen Seele“ von W. Schäfer regisierte Willi Damaskus einige ausgewählte Stücke — u. a. „Jesus von Nazaret“, „Heldland“, „Der Mönch von Wittenberg“, „Bach“, „Fichte“. In diesem Werk kennzeichnet der Verfaßer in dichterisch gehobener Sprache mit plastischer Klarheit die Wesensart großer und überragender Männer der Vergangenheit und ihre Bedeutung und Auswirkung auf ihre Mitwelt und Nachwelt auf die Entwicklung und Vertiefung des deutschen Wesens in der Richtung hoher Ideale. Der Vortrag der einzelnen Stücke war delikatatisch flüssig geglückt und von starkem inneren Empfinden getragen. Die Feier der Stunde wurde noch wesentlich erhöht durch eine stattliche Reihe musikalischer Gaben: Orgelstücke, Geigenstücke, Liedervorträge, Terzette und Chorgesänge. Als Mitwirkende waren beteiligt der Chor der Pfarrkirche unter Leitung des Herrn Höpp mit mehreren Chorälen in Bachs Tonart, Organist Steinwein der aus Thorn an der Orgel und als Komponist eines Stiedes und zweier wohlfliegender Terzette, Fr. Steinwein der und Fr. Höpfer aus Thorn in ausdrucksstarken Biedern und mit Herrn Steinwein in den beiden Terzetteln, sowie Herr Bech mit mehreren Violinvorträgen. Alle musikalischen Gaben waren auf einen feierlich-religiösen Ton eingestimmt, und so ergab sich ein starker und nachhaltiger Gesamteindruck des Abends, der einen wesentlich zahlreicher Besuch verdient hätte.

S Festgenommen wurden gestern drei Diebe, vier Trunkenbolde und ein Landstreicher.

S Verhaftet wurde der 19jährige Wladyslaw Wisniewski von hier, der im Café „Wielkopolska“ mehrere Buffetaufzüge gestohlen hat.

Stadtverordneten-Wahlen

am Sonntag, den 11. Oktober.

Deutsche Wähler und Wählerinnen!

Wählt Liste 5.

Von 9—2 Dworcowa 56

Rechts-Beistand
Dr. v. Behrens
(obrośca pryw.)

Hebamme
erteilt Rat, nimmt Ver-
stellungen entgegen u.
Damen zum längeren
Aufenthalt. 10760

Friedrich,

Von 4—8 Promenada 9, Gniezno, Renn 13.

Kaufmännische Privatschule
Otto Siede, Danzig, Nr. 11.
Ausbildung von Damen und Herren in
Buchführung 10997
kaufm. Rechnen, Hand.-Korrespondenz,
Allgem. Kontorarbeiten, Schönschrift,
Stenographie mit Maschinenschreiben.
Eintritt täglich. Lehrplan kostenlos.

Mühlenbesitzer!
Stern-Original
Müllereimaschinen

in erstklassiger Ausführung u. hervorragender
Leistungsfähigkeit (deutsches Inlandsfabrikat
daher zollfrei), liefert zu konkurrierenden Be-
dingungen und Preisen. Neu- und Umbauten
von Mühlen u. Speicheranlagen führt prompt
und sachgemäß aus.

Joh. Kunzel, Mühlenbau,
Oliva-Danzig, Belwedertstraße 12.

Befanntmachung.

Im Sinne der Polizei-Verordnung vom 11. Juni 1898 (veröffentlicht im Stadtanzeiger Nr. 48 vom 18. Juni 1898) betreffend

Anbringung von Reklamezetteln an den Reklamesäulen wird hierdurch das Aufkleben von Plakaten und Befanntmachungen an unerlaubten Stellen wie z. B. Häusern u. Bäumen usw. namentlich in der gegenwärtigen Zeit der Stadtverordneten-Wahlen verboten.

Der Uebertritt Schulden werden im Sinne d. § 3 des Gesetzes 2 obiger Verordnung mit einer Geldbuße bis 30 zł. im Unmöglichfall mit einer entsprechenden Arreststrafe belegt.

Bydgoszcz, den 8. Oktober 1925.

Die Städts. Polizei-Verwaltung.

Befanntmachung.

Im Einvernehmen mit dem hiesigen Magistrat wird auf

Kraftstromverbrauch folgender Rabatt gewährt: Bei einem Jahresstromverbrauch

von über 1000—2000 kwh	2 1/2 %
2000—3000	5
3000—4000	7 1/2 %
4000—5000	10
5000—6000	12 1/2 %
6000	15

Vorstehende Rabattsätze gelten ab 1. September cr. Die Berechnung erfolgt monatlich.

Bydgoszcz, den 9. Oktober 1925.

Tramwaje i Elektrownia Bydgoszcz.

Batterien

Hülsen
Glühbirnen

für Taschenlampen

leistet billig

Willig Zahr.

Dworecowa 18b.

Telephon 1525, 11001

Die beste Batterie

Batria

lieiert

Otto Rosenkranz

Fahrräder und Teile

en gros

Bydgoszcz, ul. Długa 5.

Zel. 911 11683

Maschinen und Formen

</div